

Antrag

der Abgeordneten Dr. Schmude, Frau Steinhauer, Amling, Büchner (Speyer), Klein (Dieburg), Lambinus, Becker (Nienberge), Berschkeit, Buckpesch, Buschfort, Dreßler, Esters, Fiebig, Frau Fuchs (Köln), Heistermann, Dr. Holtz, Frau Huber, Jaunich, Dr. Jens, Jung (Düsseldorf), Dr. Klejdzinski, Kretkowski, Liedtke, Lohmann (Witten), Frau Matthäus-Maier, Meininghaus, Menzel, Dr. Mertens (Bottrop), Dr. Müller-Emmert, Müntefering, Dr. Nöbel, Dr. Penner, Poß, Purps, Reschke, Reuschenbach, Sander, Schanz, Schlatter, Schluckebier, Frau Schmedt (Lengerich), Schmidt (Wattenscheid), Schmitt (Wiesbaden), Schröer (Mülheim), Steiner, Toetemeyer, Urbaniak, Westphal, Wieczorek (Duisburg), Wiefel, von der Wiese, Wischnewski, Zeitler, Dr. Ehmke (Bonn), Ibrügger, Bernrath und der Fraktion der SPD

Olympische Sommerspiele 1992 im Ruhrgebiet

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, nach entsprechender Abstimmung mit der Städtegemeinschaft des Ruhrgebietes, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland im Haushalt 1985 ausreichende Mittel bereitzustellen, um die Bewerbung der Städtegemeinschaft des Ruhrgebietes um die Ausrichtung der XXV. Olympischen Sommerspiele 1992 auch finanziell zu fördern und zu unterstützen.

Bonn, den 20. September 1984

Dr. Schmude
Frau Steinhauer
Amling
Büchner (Speyer)
Klein (Dieburg)
Lambinus
Becker (Nienberge)
Berschkeit
Buckpesch
Buschfort
Dreßler
Esters
Fiebig
Frau Fuchs (Köln)

Heistermann	Sander
Dr. Holtz	Schanz
Frau Huber	Schlatter
Jaunich	Schluckebier
Dr. Jens	Frau Schmedt (Lengerich)
Jung (Düsseldorf)	Schmidt (Wattenscheid)
Dr. Klejdzinski	Schmitt (Wiesbaden)
Kretkowski	Schröer (Mülheim)
Liedtke	Steiner
Lohmann (Witten)	Toetemeyer
Frau Matthäus-Maier	Urbaniak
Meininghaus	Westphal
Menzel	Wieczorek (Duisburg)
Dr. Mertens (Bottrop)	Wiefel
Dr. Müller-Emmert	von der Wiesche
Müntefering	Wischnewski
Dr. Nöbel	Zeitler
Dr. Penner	Dr. Ehmke (Bonn)
Poß	Ibrügger
Purps	Bernrath
Reschke	Dr. Vogel und Fraktion
Reuschenbach	

Begründung

Die Oberbürgermeister der Städte des Ruhrgebietes haben am 17. August 1984 in Essen beschlossen, sich mit einer Städtegemeinschaft um die Ausrichtung der XXV. Olympischen Sommerspiele 1992 zu bewerben.

Gleichzeitig wurde versichert, daß – im Gegensatz zu den Spielen 1980 in Moskau, 1984 in Los Angeles – auch die Übernahme der Olympischen Spiele der Behindertensportler, die Ausrichtung des traditionellen Olympischen Jugendlagers, des Kongresses der internationalen Sportwissenschaft und der Kultur-Olympiade garantiert wird.

Diese Initiative hat große Zustimmung in der Bevölkerung, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, bei den gesellschaftlichen Organisationen und den politischen Parteien gefunden.

Die am 17. August 1984 gebildete Kommission der Oberbürgermeister hat inzwischen die ersten Beratungen mit den Vertretern des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland aufgenommen.

Bei der Bewerbung von Olympischen Sommerspielen (wie zuletzt bei den Olympischen Spielen 1972 in München und Kiel) handelt es sich um eine außergewöhnliche internationale sportpolitische Maßnahme von gesamtstaatlicher Bedeutung. Deshalb ist es angezeigt, daß der Bund sich in angemessener Weise an der Finanzierung der Vorbereitungskosten für die Bewerbung der Städtegemeinschaft des Ruhrgebietes um die Ausrichtung der XXV. Olympischen Sommerspiele 1992 beteiligt.